



Presseschau vom 08.10.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dan-news, *dnronline*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. *Cloudflare*) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Krisen- und Insolvenzticker Deutschland und Europa

Die deutsche Wirtschaft rutscht immer tiefer in die Krise. Unter dem Druck dramatisch steigender Energiekosten und anderer ungünstiger Rahmenbedingungen sind allein in diesem Jahr tausende Unternehmen insolvent gegangen. Wir fassen in diesem Ticker die wichtigsten Entwicklungen und Neuigkeiten zusammen. ...

<https://kurz.rt.com/380r> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Die Hintergründe des Krieges (I): Inflation, Schuldenkrise und Kolonialismus

In diesem Dreiteiler geht es, anhand aktueller Informationen aus dem neuesten UNCTAD-Bericht, um die ökonomischen Hintergründe der globalen Krise. Die Inflation, unter der wir leiden, dient einem Zweck und wiederholt ein Machtspiel, das bereits in den 1980ern stattfand. ...

<https://kurz.rt.com/38dk> bzw. [hier](#)

Timur Fomenko: Warum die wildesten Gerüchte über China so leicht zu verbreiten sind

Das westliche Publikum neigt dazu, die absonderlichsten Dinge zu glauben, die es über China hört – selbst wenn dafür jegliche logische Begründung fehlt. ...

<https://kurz.rt.com/384s> bzw. [hier](#)

Mirko Lehmann: "Anthropologische Katastrophe": Moskau reagiert mit Sarkasmus auf unfähiges Polit-Personal im Westen

Angesichts der irrationalen und selbstzerstörerischen Tendenzen der westlichen Politik fragt man sich in Moskau, mit welchem Gegenüber man es zu tun hat. Bisher begegnete man der euroatlantischen Selbstüberschätzung mit Ironie und Nachsicht. Doch inzwischen fällt die Diagnose illusionslos aus. ...

<https://kurz.rt.com/38cv> bzw. [hier](#)

Scott Ritter: Die Welt bleibt einer nuklearen Erpressung ausgesetzt – durch die Ukraine

Offenbar plante die Ukraine, die vom UN-Sicherheitsrat ernannten Inspektoren als Instrumente der Erpressung einzusetzen. Das scheiterte. Der Bericht der Internationalen Organisation für Atomenergie nannte nicht die "Täter" der Angriffe auf Europas größtes Kernkraftwerk. Kiew ist frustriert. ...

<https://kurz.rt.com/38cf> bzw. [hier](#)

de.rt.com: "Wir jagen und erschießen sie wie Schweine" – Britische Zeitung feiert ukrainischen Rachefeldzug

Ukrainische Offizielle protzen mit ihrer mörderischen Brutalität vor der britischen Presse und weihen sie in weitere Mordpläne ein. Und wie empfinden das die Journalisten? Sie erklären ihren Lesern, warum das richtig und gerecht sein soll.

<https://kurz.rt.com/38go> bzw. [hier](#)

Pepe Escobar: Nord Stream 2: Deutschlands Verabredung mit dem Schicksal

Die ständigen Drehungen und Wendungen in der Saga um Nord Stream 2 bringen einen neuen

erstaunlichen Game-Changer-Aspekt hervor. Welche Rolle spielen die NATO und der Morgenthau-Plan bei den derzeitigen Ereignissen um die Nord Stream-Sprengung? ...
<https://kurz.rt.com/38gr> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Die Hintergründe des Krieges (II): Schattenbanken, Spekulation und Monopole

Als die große Finanzmarktkrise 2008 die Welt erfasste, war viel die Rede davon, das spekulative Finanzsystem wieder unter Kontrolle zu bringen. Passiert ist das Gegenteil. Die Spekulation ist stärker als je zuvor. Und ist noch gefährlicher als damals. ...
<https://kurz.rt.com/38dn> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Linkspartei: Die Stunde der Denunzianten

Ist es links, mit der verarmenden Bevölkerung gegen die Sanktionspolitik zu demonstrieren? Nicht nach Ansicht der Linken. Denn schließlich sind Gas- und Strommangel über uns gekommen wie ein himmlisches Verhängnis, und Solidarität ist vor allem "mit der Ukraine" zu üben. ...
<https://kurz.rt.com/38h3> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

22:19 (21:19) novorosinform.org: **Saluschny bat den deutschen General Eberhard Zorn, ukrainische Truppen auf den Krieg mit den Russen vorzubereiten**

Der Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Ukraine, Waleri Saluschny, führte Gespräche mit dem Vertreter der Bundeswehr, General Eberhard Zorn.

Zorn ist Generalinspekteur der Bundeswehr, zuständig für die militärische Ausbildung der Bundeswehr.

Saluschny besprach mit Eberhard Zorn die Frage der Vorbereitung ukrainischer Kampfeinheiten auf einen Krieg mit den Russen. Der Deutsche versprach, ukrainischen Soldaten beizubringen, wie man mit Nato-Waffen kämpft.

„Ich bin dankbar für die Hilfe. Ich bin sicher, dass die Ausbildung der Truppen nach NATO-Standards ein Schlüsselfaktor für die Erlangung vollständiger Interoperabilität ist“, schrieb Saluschny in seinem Telegram-Kanal.



https://novorosinform.org/content/images/52/50/55250_720x405.jpg

Waleri Saluschny

21:24 de.rt.com: **Medienbericht: Starlink-Störungen im Gebiet der Spezialoperation gemeldet**

Das von dem US-Raumfahrtunternehmen SpaceX betriebene Satellitennetzwerk Starlink, das von den Streitkräften der Ukraine verwendet wird, begann im Gebiet der Spezialoperation zu versagen. Dies berichtete die britische Zeitung Financial Times am Freitag unter Berufung auf

ukrainische Beamte.

Ihren Angaben zufolge wurden im Donbass, in Cherson, Saporoschje und Charkow "katastrophale Verluste" der Kommunikation verzeichnet. Zudem sollen Störungen des Satellitensystems eine Panik in den Reihen der Streitkräfte der Ukraine verursacht haben. Die von der Financial Times befragten ukrainischen Experten äußerten die Meinung, dass die Ursache für Kommunikationsprobleme auf diesen Territorien eine bewusste Entscheidung des US-Unternehmens SpaceX sein könnte, um Missbrauch durch die russischen Streitkräfte nicht zuzulassen. Dabei glauben einige Analysten, dass die Ausfälle auf eine mangelnde Zusammenarbeit zwischen der ukrainischen Militärführung und SpaceX hindeuten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/6340631248fbef138f4bd576.jpg>

Eine Gruppe von Starlink-Satelliten am 7. Februar 2021

21:43 de.rt.com: **Neues Dekret Selenskij: Ukraine erkennt russische Kurilen gesetzlich als Teil Japans an**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat am Freitagabend ein weiteres Dekret mit Nr. 692 unterzeichnet, das die Position Japans in der Frage der Zugehörigkeit der Kurilen unterstützt. Dieses Dekret wurde auf seiner offiziellen Website veröffentlicht.

In seinem Dekret bezeichnete der ukrainische Präsident die russischen Kurilen als "Gebiete, die von der Russischen Föderation besetzt sind" und erkannte diese Territorien als "integralen Bestandteil des souveränen japanischen Staatsgebiets" an.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/634080a948fbef138f4bd59f.jpg>
Wladimir Selenskij

22:03 de.rt.com: **Sankt Petersburg sagt Neujahrsfeiern ab – Einsparungen werden für**

Ausrüstung des Militärs verwendet

Sankt Petersburg werde die Neujahrsfeiern absagen, und das eingesparte Geld werde für die Ausrüstung von Freiwilligen und Mobilisierten verwendet. Dies teilte der Gouverneur der Stadt Alexander Beglow mit. Auf seinem Telegram-Kanal schrieb er:

"Bei einem Treffen mit Mitgliedern der Stadtverwaltung wurde beschlossen, die geplanten Neujahrsfeiern abzusagen. Es wird kein Konzert auf dem Palastplatz und dem Newski-Prospekt geben, kein Feuerwerk und keinen Wohltätigkeitsempfang im Tawritscheski-Palast." Gleichzeitig, so Beglow, werden die Neujahrsprogramme für Familien mit Kindern und die traditionellen Kinderweihnachtsbäume im Stadtkalender erhalten bleiben. Der Gouverneur fügte hinzu:

"Die Einsparungen werden für die Anschaffung zusätzlicher Ausrüstungen für Freiwillige und Mobilisierte verwendet, und zwar im Rahmen eines Sonderpostens, der im Haushalt von Sankt Petersburg für die Anschaffung zusätzlicher Ausrüstungen für Freiwillige und Mobilisierte vorgesehen ist."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634055b9b480cc59ed79895d.jpg>

Bürger am großen Weihnachtsbaum auf dem Schlossplatz in Sankt Petersburg

22:29 de.rt.com: Morawiecki schlägt vor, Russlands Vermögen zwischen der Ukraine und der EU aufzuteilen

Der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki hat vorgeschlagen, eingefrorene russische Vermögenswerte zwischen der Ukraine und der EU aufzuteilen. Nach dem zweiten Tag eines informellen EU-Gipfels mit der sogenannten Europäischen Politischen Gemeinschaft in Prag sagte er:

"Es handelt sich um ein riesiges Vermögen, etwa 350 Milliarden Euro. Und heute können Sie auf diese Mittel zurückgreifen, zugunsten der Ukraine, die mit diesen Mitteln wieder aufgebaut werden muss, aber auch für die Bedürfnisse der Menschen in der Europäischen Union, für die Bedürfnisse der Menschen in Polen."

Dies sei ein "relativ einfacher" Weg, um Finanzmittel zu finden. Der polnische Ministerpräsident fügte hinzu:

"Viele Ministerpräsidenten haben sich die Frage gestellt, ob ein neuer Fonds eingerichtet werden sollte. Wir haben hier sicherlich unsere Meinung zu diesem Thema, aber ich habe auf eine Quelle hingewiesen, die sehr leicht oder relativ leicht zu beschaffen ist, wenn es um Gelder geht – das ist das eingefrorene Vermögen der Russischen Föderation, das eingefrorene Vermögen russischer Oligarchen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/63406664b480cc5b7a4a04b6.jpg>
Mateusz Morawiecki

22:30 de.rt.com: **US-Flugzeugträger wieder zu Übungen in koreanischen Gewässern**

In dieser Woche begann der atomgetriebene Flugzeugträger USS Ronald Reagan eine neue Runde von Marineübungen mit südkoreanischen Kriegsschiffen, kurz nachdem Nordkorea als Reaktion auf frühere Übungen unter anderem Raketen abgefeuert hatte.

Während US-Präsident Joe Biden vor einem nuklearen Armageddon warnt, nimmt der US-Flugzeugträger Ronald Reagan in Gewässern nahe der koreanischen Halbinsel teil, nachdem Nordkorea Anfang der Woche als Reaktion auf das frühere Training der Trägergruppe mit südkoreanischen Marineschiffen eine nuklearfähige Rakete über Japan abgeschossen hatte. Nordkorea betrachtet die Militärübungen zwischen den USA und Südkorea als Übung für eine Invasion des Landes.

Am Donnerstag führten Marinezerstörer der USA, Japans und Südkoreas vor der Ostküste der koreanischen Halbinsel gemeinsame Übungen durch. Zuvor hielten die Streitkräfte der USA und Südkoreas gemeinsame Militärübungen ab, die Pjöngjang als "ernste Bedrohung für die Stabilität" kritisierte.

Die Nachrichtenagentur Yonhap hatte am Donnerstag unter Berufung auf den südkoreanischen Generalstab berichtet, dass Nordkorea zwölf Kampfflugzeuge in der Nähe der innerkoreanischen Grenze entsandt habe, die demnach Schießübungen durchgeführt haben sollen. Südkorea schickte daraufhin 30 Kampfflugzeuge in das Grenzgebiet. Es kam zu keinen Zusammenstößen.

Die jüngsten zweitägigen Übungen, an denen US-amerikanische und südkoreanische Zerstörer sowie andere Schiffe beteiligt waren, fanden in internationalen Gewässern vor der Ostküste der Halbinsel statt. Die Übungen umfassten auch Übungen zur Eskortierung der Reagan südöstlich von Südkoreas südlicher Insel Jeju, so Südkoreas Generalstabschef in einer Erklärung.

"Wir werden unsere festen operativen Fähigkeiten und unsere Bereitschaft, auf jegliche Provokationen Nordkoreas zu reagieren, weiter stärken", hieß es in der Erklärung. In der vergangenen Woche hatten sie in dem Gebiet U-Boot-Übungen unter Beteiligung der Reagan abgehalten.

Nordkorea könnte auf die neuen Übungen mit weiteren Raketentests reagieren. Das nordkoreanische Außenministerium erklärte am Donnerstag, die Verlegung der Flugzeugträgergruppe stelle "eine ernste Bedrohung für die Stabilität der Lage auf der koreanischen Halbinsel und in ihrer Umgebung dar".

Am Dienstag hatte Pjöngjang eine ballistische Mittelstreckenrakete abgefeuert, die – erstmals seit 2017 – über Japan geflogen war und die japanische Regierung zu einer

Evakuationswarnung veranlasste. Am Mittwoch entsandten die USA laut Angaben der südkoreanischen Armee ihren nukleargetriebenen Flugzeugträger USS Ronald Reagan in die Gewässer östlich der koreanischen Halbinsel. Am Donnerstagmorgen hatte Nordkorea seine Raketentests fortgesetzt und erneut zwei ballistische Kurzstreckenraketen in Richtung des Japanischen Meeres abgefeuert.

Die beiden Starts ballistischer Raketen am Donnerstag waren die sechste Runde von Waffenabschüssen in Nordkorea in weniger als zwei Wochen. Bei der am Dienstag getesteten nordkoreanischen Mittelstreckenrakete handelte es sich womöglich um eine Hwasong-12-Rakete, die nach Ansicht von Beobachtern in der Lage ist, das US-Pazifikgebiet Guam zu erreichen. Andere kürzlich gestartete Raketen sind Kurzstreckenwaffen, die auf Südkorea gerichtet sind.

Laut Heo Tae-keun, dem stellvertretenden südkoreanischen Verteidigungsminister, ist Nordkorea bereit, seinen ersten Atomtest seit fünf Jahren durchzuführen, und bereitet sich darauf vor, eine neue ballistische Interkontinentalrakete mit Flüssigtreibstoff und eine U-Boot-gestützte Rakete zu testen.

Am Freitag führten die obersten Nuklearbeauftragten Südkoreas, der Vereinigten Staaten und Japans trilaterale Telefongespräche und kamen überein, ihre Bemühungen zu verstärken, um verschiedene Mittel zur Finanzierung der Atom- und Raketenprogramme Nordkoreas zu unterbinden. Nach Angaben des südkoreanischen Außenministeriums beschlossen die Gesandten außerdem, die Zusammenarbeit zu verstärken, um die Einhaltung von Sanktionen gegen Nordkorea zu sichern.

Nach den trilateralen Videogesprächen zwischen Heo und seinen US-amerikanischen und japanischen Amtskollegen betonten sie, dass die sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen den drei Ländern verstärkt werden würde, wenn der Norden seine Provokationen fortsetze, so das südkoreanische Verteidigungsministerium in einer Erklärung. Andererseits hatte Pjōngjang mehrfach klar gemacht, dass es die Übungen als Bedrohung der regionalen Sicherheit und Stabilität erachtet.

Laut Ankit Panda, Senior Fellow bei der Carnegie Endowment for International Peace, sind Pjōngjangs jüngsten Tests Teil eines "vertrauten Musters" jahrelanger Raketenstarts und operativer Übungen – auch wenn sie in den letzten Monaten intensiver geworden seien. Demnach sei der Hauptzweck der jüngsten Starts wahrscheinlich ein operatives Training – das Testen von Fähigkeiten, das Sammeln von Leistungsdaten und die Durchführung eines Test- und Evaluierungsprozesses – und gleichzeitig ein wichtiges politisches Signal.

"Es ist tatsächlich eine Demonstration der Stärke, eine Demonstration der Entschlossenheit, eine Demonstration der Fähigkeiten im Allgemeinen."

Panda sieht die aktuellen Übungen jedoch als riskant an, da die Spirale außer Kontrolle geraten könnte, wie es im Magazin Foreign Policy heißt.

"Ich denke, das führt zu einer gefährlichen Dynamik, bei der sich das Risiko von Fehleinschätzungen oder Fehlkalkulationen erhöhen könnte."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634019ca48fbef137d3baabe.jpg>

US-Flugzeugträger USS Ronald Reagan zusammen mit anderen US-amerikanischen und südkoreanischen Marineschiffen bei gemeinsamen Marineübungen vor der Ostküste Südkoreas am 29. September 2022

22:50 de.rt.com: **Pressesprecher Russlands und der Ukraine: Putin wird am G20-Gipfel teilnehmen, Selenskij hat sich noch nicht entschieden**

Russland werde am G20-Gipfel auf Bali teilnehmen, über das Format werde jedoch später entschieden. Dies erklärte der russische Präsidentensprecher Dmitri Peskow der Nachrichtenagentur RIA Nowosti. Er sagte wörtlich:

"Russland wird teilnehmen, aber über das Format muss noch entschieden werden."

Gleichzeitig betonte der ukrainische Präsidentensprecher Sergei Nikiforow:

"Nein, die endgültige Entscheidung ist noch nicht getroffen worden."

vormittags:

6:40 de.rt.com: **Russlands Antiterrorkomitee: Lkw auf Krim-Brücke gesprengt, zwei Fahrbahnen teilweise eingestürzt**

Am frühen Samstagmorgen ist es auf der Krim-Brücke zu einem Brand gekommen. Der Verkehr wurde vorübergehend gestoppt. Russlands Antiterrorkomitee teilte inzwischen mit, auf der Brücke sei ein Lkw gesprengt worden, zwei Fahrbahnen seien teilweise eingestürzt. Der Verkehr über die Krim-Brücke ist am Samstagmorgen vorübergehend gestoppt worden. Ersten Meldungen zufolge geriet dort ein Tankwagen in Brand. Der Vorfall ereignete sich gegen 6 Uhr Ortszeit (5 Uhr MESZ). Später teilte das Nationale Antiterrorkomitee Russlands mit, dass auf der Brücke ein Lkw gesprengt worden sei. Zwei Fahrbahnen seien teilweise eingestürzt, die Brückenbogen jedoch unversehrt.

"Heute wurde um 6.07 Uhr auf dem Autostraßenteil der Krim-Brücke vor der Halbinsel Taman ein Lkw gesprengt. Dies führte zu einem Brand von sieben Kesselwagen eines Eisenbahnzuges mit Treibstoff, der auf die Halbinsel Krim fuhr."

Ersten Erkenntnissen zufolge gab es weder Tote noch Verletzte. In den sozialen Netzwerken wurden [Videos](#) gepostet, auf denen ein in Flammen stehender Eisenbahnzug zu sehen war. Ein [Video](#) zeige außerdem einen zerstörten Teil der Autobrücke.

Der Vorsitzende des Krim-Parlaments, Wladimir Konstantinow, machte auf Telegram "ukrainische Vandalen" für den Vorfall verantwortlich.

"Ukrainische Vandalen schafften es doch, mit ihren blutbeschmierten Händen die Krim-Brücke zu erreichen."

Während der 23 Jahre ihrer Herrschaft auf der Krim hätten sie dort nichts Beachtliches errichtet. Tod und Zerstörung seien das Einzige, was ihnen gelinge.

Zuvor hatte es in der Hauptstadt Kiew immer wieder Drohungen gegeben, die Brücke zwischen der Halbinsel und dem russischen Festland unter Beschuss zu nehmen. Zuletzt kam es in der Region Kertsch, die auf der Krim direkt an die Brücke grenzt, immer wieder zu Zwischenfällen mit Drohnen, die explodierten.

Der Pressedienst der Föderalen Agentur für See- und Flussschifffahrt teilte RIA Nowosti mit, dass der Vorfall den Schiffsverkehr in der Straße von Kertsch nicht beeinflusst habe und die Schifffahrt nicht eingestellt worden sei.

Der Berater des Krim-Chefs, Oleg Krjutschkow, gab inzwischen auf [Telegram](#) bekannt, dass die Teilrepublik Krim über ausreichende Vorräte an Brennstoff und Nahrungsmitteln verfüge. Eine Fährverbindung sei startbereit.

Mit ihren 19 Kilometern ist die Krim-Brücke die längste in Russland. Die Autobrücke wurde im Mai 2018 in Betrieb genommen. Seit Dezember 2019 gibt es dort auch eine

Eisenbahnstrecke.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/63413ab248fbef137d3bab7a.jpg>

Folgen der schweren Explosion auf der Krim-Brücke, 8. Oktober 2022

6:47 de.rt.com: **Ukrainisches Parlament: Südkurilen sind "von Russland besetzt"**

Das ukrainische Parlament hat einen Standpunkt bezüglich der Kurilen-Inseln bezogen. Diese seit Ende des Zweiten Weltkriegs von Moskau verwalteten Inseln seien demnach von Russland besetzt.

Das ukrainische Parlament hat eine Resolution verabschiedet, wonach die südlichen Kurilen-Inseln als "von Russland besetztes japanisches Territorium" eingestuft werden sollen. Das geht aus einer Mitteilung auf der Website der Werchowna Rada, wie die Kammer heißt, hervor.

"Die Werchowna Rada der Ukraine unterstützt die Position Japans in Bezug auf seine nördlichen Territorien und erkennt an, dass die besagten Territorien weiterhin von der Russischen Föderation besetzt sind", so die Mitteilung.

Kiew versäumt es auch in dieser Sache nicht, seine Einschätzungen mit einer Forderung an die internationale Gemeinschaft zu verbinden, die nun alle nur möglichen Maßnahmen ergreifen solle, "um den Status der nördlichen Gebiete Japans rechtlich zu formalisieren". Japan hatte die Auseinandersetzungen um die Inselgruppe im Frühjahr nach knapp zwanzig Jahren wieder aufflammen lassen, indem es die russischen Inseln im Nordpazifik für sich beanspruchte. Der japanische Außenminister Yoshimasa Hayashi sprach im März von den Kurilen als "fester Bestandteil" des Landes.

Dabei geht es um die südlichsten Inseln des Kurilen-Archipels, das die russische Halbinsel Kamtschatka mit der japanischen Insel Hokkaido im Pazifik verbindet. Die Inseln wurden seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs von der Sowjetunion beziehungsweise Russland verwaltet. Japan erhebt Anspruch auf die Südkurilen, genauer die Inseln Kunaschir, Schikotan, Iturup und die Habomai-Kette, und beruft sich dabei auf den bilateralen Vertrag über Handel und Grenzen von 1855. Tokio machte die Rückgabe der Inseln zur Bedingung für den Abschluss eines Friedensvertrags mit Russland, der zum Ende des Zweiten Weltkriegs nie geschlossen wurde, wodurch die beiden Staaten de jure noch im Krieg sind. Nachdem Japan in diesem Jahr wegen Moskaus Militäroperation in der Ukraine Sanktionen gegen Russland verhängt hat, legte die russische Seite laufende Verhandlungen auf Eis.

Anfang der Woche hat der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, die Möglichkeit weiterer Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit Japan ausgeschlossen. Demnach habe Japan selbst seine Position gewählt und sich russlandfeindlichen Maßnahmen angeschlossen. Peskow kommentierte dabei die Erklärung des japanischen Ministerpräsidenten Fumio Kishida, der in der Parlamentssitzung erklärt hatte, Tokio sei trotz der schwierigen Beziehungen zu Russland im Zusammenhang mit der Ukraine fest entschlossen, die Territorialfrage zu lösen und einen Friedensvertrag zu schließen.

Die UdSSR und Japan verabschiedeten im Jahr 1956 eine gemeinsame Erklärung, in der sich

Moskau bereit erklärte, den Verzicht auf zwei der Inseln in Erwägung zu ziehen, sofern es zu einem Friedensabkommen käme. Die anschließenden Gespräche verliefen jedoch ergebnislos. Möglicherweise wurde Tokio von den USA beeinflusst, die damit drohten, dass die Rückgabe Okinawas beeinträchtigt würde, wenn Japan der Übertragung von nur zwei der Kurilen-Inseln zustimmt.

Bisher steht für Moskau die russische Souveränität über die Inseln außer Frage, seit diese als Ergebnis des Zweiten Weltkriegs Teil der UdSSR wurden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/63407f7048fbef137d3bab3e.jpg>

7:24 de.rt.com: **NATO-Beitritt von Schweden und Finnland: Erdoğan stimmt nur bei einem Land zu**

Nach Ansicht des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan unterscheiden sich die Ansätze Schwedens und Finnlands bei der Erfüllung der türkischen Forderungen für einen NATO-Beitritt. Ankara könnte den Beitritt Schwedens trotz Entgegenkommens blockieren. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan erklärte, dass Schweden und Finnland unterschiedlich vorgehen, wenn es darum geht, die sicherheitspolitischen Forderungen der Türkei nach einem NATO-Beitritt zu erfüllen.

Die Türkei hat damit gedroht, die Mitgliedschaft Schwedens und Finnlands in dem 30 Mitglieder zählenden Verteidigungsbündnis zu blockieren. Ankara beschuldigt Schweden und – in geringerem Maße – Finnland, Gruppen zu unterstützen, die die Türkei als Terroristen ansieht. Die NATO arbeitet nach dem Konsensprinzip, und die beiden nordischen Länder benötigen für ihren Beitritt die Zustimmung der Türkei.

"Die Türkei ist nun bereit, dem NATO-Beitritt Finnlands grünes Licht zu geben, ist aber nicht bereit, das Gleiche für Schweden zu tun", sagte Erdoğan am Donnerstagabend und deutete damit an, dass die beiden nordischen Länder dem Bündnis zu unterschiedlichen Zeitpunkten beitreten könnten.

Auf einer Pressekonferenz in der tschechischen Hauptstadt Prag erklärte der türkische Staatschef, Ankaras Beziehungen zu Finnland seien "anders als die zu Schweden". Nach Erdoğan's Meinung ist Finnland "kein Land, in dem sich Terroristen frei bewegen", während Schweden "ein Ort ist, an dem der Terror grassiert".

"Solange Terrororganisationen auf den Straßen Schwedens demonstrieren und solange Terroristen im schwedischen Parlament sind, wird es keine positive Einstellung der Türkei gegenüber Schweden geben", so Erdoğan. Der Staatschef spielte damit auf Vorwürfe an, nach denen schwedische Politiker mit Mitgliedern der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und Anhängern der Gülen-Bewegung sympathisieren und deren Aktivitäten nicht ausreichend verfolgen.

"Was Finnland und Schweden betrifft, wird die NATO eine Entscheidung treffen müssen. Wenn sie eine Entscheidung zugunsten Finnlands trifft, werden wir natürlich alles tun, was wir tun müssen", sagte Erdoğan.

Seine Äußerungen fielen auf denselben Tag, an dem der finnische Verteidigungsminister Antti

Kaikkonen bestätigte, dass sein Land gemeinsam mit seinem "engen Partner Schweden" den Weg in die NATO einschlagen werde.

Auch die finnische Ministerpräsidentin Sanna Marin erklärte, Helsinki befürworte einen Beitritt zum Bündnis zur gleichen Zeit wie Schweden:

"Aus unserer Sicht wäre es sehr wichtig, dass Finnland und Schweden gemeinsam der NATO beitreten, da wir beide im nördlichen Teil Europas liegen und uns in der gleichen geopolitischen Position befinden."

"Aber natürlich werden wir die Diskussion fortsetzen, und es liegt jetzt an der Türkei und auch an Ungarn, die Entscheidungen zur Ratifizierung zu treffen", fügte Marin hinzu.

Die türkische Regierung, die sich zunächst gegen den Beitritt Finnlands und Schwedens ausgesprochen hatte, erklärte sich Ende Juni bereit, die Beitrittskandidaten offiziell zu unterstützen. Dies wurde möglich, nachdem Stockholm und Helsinki eine Zehn-Punkte-Vereinbarung unterzeichnet hatten, in der sie sich verpflichteten, Auslieferungsanträgen nachzukommen, Exportkontrollen aufzuheben und die Unterstützung für Gruppen einzustellen, die Ankara als terroristisch betrachtet. Zu diesen Gruppen gehören Aktivisten der PKK, die in den beiden nordischen Staaten Asyl beantragt haben, sowie Anhänger des in den USA im Exil lebenden Geistlichen Fethullah Gülen.

Seit Juli haben sowohl Schweden als auch Finnland eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die Zustimmung Ankaras zu ihren NATO-Bewerbungen zu erhalten.

Letzte Woche kündigte Schweden an, dass es ein Waffenembargo aufheben werde, das es 2019 nach einer türkischen Militäroperation gegen die Kurdenmiliz YPG in Syrien gegen die Türkei verhängt hatte. Beobachter werteten dies als Bemühung, Ankaras Zustimmung für die NATO-Mitgliedschaft des skandinavischen Landes zu sichern.

Allerdings sind die Verhandlungen zwischen Schweden und der Türkei seit einem schweren Rückschlag im Sommer offenbar auf einem Tiefpunkt angelangt. Die Komplikationen wurden durch Fotos verursacht, die im Juli aufgetaucht waren und einige schwedische Abgeordnete zeigten, die mit PKK-Fahnen posierten, wovon sich die Regierung jedoch distanzierte.

Anfang dieser Woche verschärfen sich die Spannungen weiter, nachdem die Türkei den schwedischen Botschafter wegen einer Fernsehsendung vorgeladen hatte, die Ankara als beleidigend empfand.

Damit ein Beitrittskandidat in die NATO aufgenommen werden kann, ist die einstimmige Zustimmung aller derzeitigen Mitglieder erforderlich. Neben der Türkei hat nur Ungarn dem Beitritt von Helsinki und Stockholm noch nicht zugestimmt. Budapest hat zwar keine Einwände gegen den Beitritt der nordischen Länder erhoben, doch hat die Regierung beschlossen, eine Abstimmung im Parlament nicht zu beschleunigen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634056a848fbef14925b2cf4.jpg>

7:34 de.rt.com: **Ukraine bekommt vom IWF 1,3 Milliarden US-Dollar wegen Lebensmittelkrise**

Die Ukraine bekommt vom Internationalen Währungsfonds (IWF) Milliardenhilfe aus einem

neuen Programm zum Abfedern von Lebensmittel-Preisschocks. Der IWF-Rat billigte am Freitag die Auszahlung von 1,3 Milliarden US-Dollar (1,33 Milliarden Euro). Mit dem Geld sollten unter anderem die Einnahmeausfälle durch weggefallene Getreideexporte ausgeglichen werden, teilte der IWF mit.

Ferner betonte der IWF, für die ukrainische Wirtschaft werde in diesem Jahr ein Schrumpfen um 35 Prozent vorhergesagt und der Finanzierungsbedarf bleibe hoch. Zugleich lobte er die ukrainische Regierung dafür, dass sie unter diesen Umständen die finanzielle Stabilität aufrechterhalten habe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/634109d848fbef65ef3f5f16.jpg>

8:02 de.rt.com: **AKW Saporoschje ist vom ukrainischen Stromnetz abgekoppelt**

Ukrainische Truppen haben durch Beschuss die letzte Verbindungsleitung zwischen dem Atomkraftwerk Saporoschje und dem ukrainischen Energiesystem beschädigt. Das erklärte Wladimir Rogow, Vorsitzender der Bewegung "Wir sind mit Russland zusammen" und Mitglied des Hauptverwaltungsrates des Gebiets Saporoschje. Er sagte:

"In der vergangenen Nacht wurde durch den Beschuss der ukrainischen Truppen die letzte Hochspannungsleitung, die das Kernkraftwerk mit dem ukrainischen Stromnetz verbindet, beschädigt und abgeschaltet."

Insbesondere sei die 750-kV-Dneprowskaja-Leitung beschädigt worden. Das Werk, so Rogow, habe automatisch auf Dieselgeneratoren umgeschaltet.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634110a6b480cc3be8230847.jpg>

AKW Saporoschje

8:10 de.rt.com: **Iran: Gewalttätige Randalierer werden vom Ausland gesteuert**

Der iranische Außenminister erklärte, dass die Behörden seines Landes friedliche Demonstrationen in Übereinstimmung mit der Verfassung ermöglichen und unterstützen. Die Sicherheitskräfte würden nur gegen gewalttätige Randalierer vorgehen.

Der iranische Außenminister Hossein Amir-Abdollahian hat in einem Telefongespräch mit seinem irländischen Amtskollegen Simon Coveney zu den Protesten in seinem Land erklärt, dass eine Gruppe von Randalierern, die vom Ausland gesteuert und von ausländischen Fernsehteams provoziert worden sei, Bürger und Sicherheitskräfte angegriffen und öffentliches Eigentum zerstört habe, wie die iranische Nachrichtenagentur Tasnim berichtete. Zudem äußerte er sich zum Tod der jungen Kurdin Mahsa Amini:

"Ein wissenschaftlicher, technischer und detaillierter Bericht der Gerichtsmedizin über die Todesursache der verstorbenen Mahsa Amini wird in Kürze veröffentlicht werden."

Der iranische Außenminister beklagte die "Doppelmoral" des Westens in Bezug auf die Rechte der Frauen und die Menschenrechte und ergänzte:

"Die Beachtung der Rechte der Frauen in der Islamischen Republik Iran ist für uns von großer Bedeutung, und heute spielen Frauen in verschiedenen akademischen, wissenschaftlichen, medizinischen, erzieherischen, administrativen und technologischen Bereichen eine sehr effektive Rolle."

Es gebe neben den gewalttätigen Krawallen auch "friedliche Demonstrationen", die die Regierung "gemäß der Verfassung des Landes" unterstütze.

"Wir betrachten die friedliche Darbietung der Forderungen der Menschen als ihr legales Recht, und wir haben ihnen immer Aufmerksamkeit geschenkt und auf sie reagiert."

Aber bezüglich gewalttätiger Randalierer würden die Menschen von der Polizei erwarten, dass sie sie vor diesen schützt. Die Polizei habe die öffentliche Ordnung und Sicherheit "mit Sorgfalt, Respekt vor den Menschenrechten, der Autorität und dem öffentlichen Vertrauen aufrechterhalten", so der iranische Außenminister.

"Niemand wurde während der friedlichen Demonstrationen verhaftet. Diejenigen, die verhaftet wurden, sind Randalierer, und einige Personen, die sich emotional mit den Randalierern verbündet haben, wurden freigelassen, aber diejenigen, die Waffen benutzt haben, und die organisierten Mitglieder von Terrorgruppen werden der Justiz übergeben."

Der iranische Spitzendiplomat erklärte, dass Teheran "im Kampf gegen den Terrorismus weiterhin entschlossen gegen die Provokationen und Aktionen terroristischer Gruppen vorgehen" werde.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/63403d29b480cc5985245e4f.jpg>

Der iranische Außenminister Hossein Amir-Abdollahian

8:37 de.rt.com: **Strack-Zimmermann: Ukrainer jetzt an Leopard-Panzern ausbilden**

Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Bundestag, Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), hat sich für eine Panzerausbildung der ukrainischen Soldaten in der EU ausgesprochen. Am Freitag sagte die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses bei ihrem Ukraine-Besuch in Kiew:

"Die Spanier wären bereit, in Lettland die ukrainischen Soldaten am Leopard 2 auszubilden." Aktuell stelle sich die Frage, wie die Ukraine militärisch durch den anstehenden Winter komme. Sie betonte:

"Daher wäre auch jetzt der optimale Zeitpunkt, die Ukrainer am Marder oder Leopard auszubilden, da das entsprechend Zeit in Anspruch nimmt."

Bei ihren Gesprächen unter anderem mit dem ukrainischen Verteidigungsminister Alexei Resnikow und dem Chef des Präsidentenbüros, Andrei Jermak, sei das Thema Waffenlieferungen immer wieder betont worden. Die 64-Jährige sagte:

"Der Tenor ist: Wir brauchen alles, immer, die ganze Zeit. Das ist auch nachvollziehbar."

Im Süden des Landes sei das Thema besonders akut. Zimmermann sagte:

"Man ist siegesgewiss. Trotzdem sind die Verluste dort relativ hoch."

In dem offenen Gelände könnten Leopard-Panzer aus Deutschland den Ausschlag geben. Strack-Zimmermann war nach einer Reise nach Lwow (Lemberg) im April nun bereits zum zweiten Mal seit Beginn der russischen Sonderoperation am 24. Februar diesmal für zwei Tage in die Ukraine gereist. Sie ist in der Ampel-Koalition eine derjenigen, die wiederholt eine verstärkte militärische Unterstützung für Kiew aus Deutschland gefordert hat. Kampfpanzer westlicher Bauart wurden bisher von keinem Land an die Ukraine geliefert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6341169648fbef138f4bd5b9.jpg>

Kampfpanzer Leopard 2 A6

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 08.10.2022

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 50 Mann;
- 1 Panzer;
- 3 Schützenpanzerwagen;
- 8 Spezialfahrzeuge.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik wird wieder ein friedliches Leben aufgebaut.

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Im Verlauf des 7. Oktober haben sie mehr als 5 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Litwinowka und Sytschanskoje zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

Mit Unterstützung der Volksmiliz der LVR haben Freiwillige der Volksfront humanitäre Hilfe für die Einwohner von Sewerodonezk geliefert.

Außerdem hat die Union der Afghanistanveteranen der LVR mit Unterstützung der Volksmiliz humanitäre Hilfe von nicht gleichgültigen Einwohnern von Jekaterinenburg für die

Einwohner von Lissitschtansk geliefert.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 08.10.22 um 10:30 Uhr

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **213 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Himars“ und „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie Mörsern des Kalibers 120mm **abgefeuert**.

Die Gebiete von **10 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss **starben 2 Zivilisten**. 9 Häuser und 2 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Haubitzen M777, 1 Panzer, 6 Panzerfahrzeuge und 2 Drohnen.

Die Verluste an Personal des Gegners betrugen 40 Mann.

Derzeit gehen Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

9:54 de.rt.com: Nach Explosion auf Krim-Brücke: Präsident Putin schafft Regierungskommission zur Ermittlung

Nach der Explosion eines Lkw auf der Krim-Brücke hat Russlands Präsident Putin eine Kommission geschaffen, die den Vorfall ermitteln und den angerichteten Schaden beheben soll. Laut Kreml gebe es noch keine Prognose, wie lange die Instandsetzung der Brücke dauern wird.

Russlands Präsident Wladimir Putin hat am Samstag eine Regierungskommission ins Leben gerufen, die die folgenschwere Explosion eines Lkw auf der Krim-Brücke untersuchen und den angerichteten Schaden beheben soll. Wie der Kremlsprecher Dmitri Peskow mitteilte, habe Putin von Ministerpräsident Michail Mischustin, Vize-Ministerpräsident Marat Khusnullin, Katastrophenschutzminister Alexander Kurenkow, Verkehrsminister Gennadi Saweljew und den Sicherheitsbehörden ihre jeweiligen Berichte über den Zwischenfall erhalten. Peskow zufolge würden der Regierungskommission auch der Gouverneur der Region Krasnodar und der Chef der Republik Krim sowie Vertreter des Innenministeriums, der Nationalgarde und des Inlandsgeheimdienstes FSB angehören.

Zuvor hatte das Nationale Antiterrorkomitee Russlands mitgeteilt, dass auf der Brücke ein Lkw gesprengt worden sei. Zwei Fahrbahnen seien teilweise eingestürzt, die Brückenbögen jedoch unversehrt. Die Explosion habe zu einem Brand von sieben Kesselwagen eines Eisenbahnzuges mit Treibstoff geführt. Der Verkehr über die längste Brücke Russlands wurde vorübergehend komplett gestoppt. Ersten Erkenntnissen zufolge gab es weder Tote noch Verletzte.

In den sozialen Netzwerken wurden Videos gepostet, auf denen ein in Flammen stehender Eisenbahnzug zu sehen war. Ein [Video](#) zeige außerdem einen zerstörten Teil der Autobrücke. In einem Kommentar für die Nachrichtenagentur RIA Nowosti teilte Kremlsprecher Dmitri Peskow mit, dass es bislang keine Prognosen gebe, wie schnell die Krim-Brücke wieder instand gesetzt werden kann.

Zuvor hatte es aus der Hauptstadt Kiew immer wieder Drohungen gegeben, die Brücke zwischen der Halbinsel und dem russischen Festland unter Beschuss zu nehmen. Zuletzt kam

es in der Region Kertsch, die auf der Krim direkt an die Brücke grenzt, immer wieder zu Zwischenfällen durch explodierende Drohnen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634122b748fbef170f2e0912.jpg>

10:13 de.rt.com: **Selenskijs Büro zur Explosion auf Krim-Brücke: Das ist erst der Anfang**
Michail Podoljak, Berater des Büroleiters von Wladimir Selenskij, sagte nach dem Vorfall auf der Krim-Brücke, dies sei erst "der Anfang". Auf seiner Twitter-Seite schrieb er:
"Die Krim, die Brücke, der Anfang. Alles, was illegal ist, muss zerstört werden, alles, was gestohlen wurde, muss an die Ukraine zurückgegeben werden, alles, was russische Besatzung ist, muss vernichtet werden."

Dan-news.info: Das staatliche Unternehmen „Post des Donbass“ hat eine Postkarte mit einem Agitationsplakat aus dem Jahr 1921 herausgegeben – „Der Donbass ist das Herz Russlands“. Das Plakat zeigt eine Karte von Russland mit einem Herz anstelle von Donbass. Linien in Form von Blutgefäßen weichen davon ab und versorgen die großen Städte des Landes ...



https://dan-news.info/storage/c/2022/10/08/1665210696_841936_40.jpeg

11:35 de.rt.com: **Erste Reaktionen nach Explosion auf Krim-Brücke: "Ein unverhüllter terroristischer Krieg"**

Nach einer Explosion auf der Krim-Brücke machen mehrere Amtsträger in Russland die Ukraine für die Beschädigung des wichtigen und symbolträchtigen Infrastrukturobjekts verantwortlich. Im ukrainischen Präsidentenbüro heißt es: "Alles Illegale muss zerstört werden."

Nach einer folgenschweren Explosion auf der Krim-Brücke hat der Vorsitzende des Regionalparlaments der russischen Teilrepublik Krim, Wladimir Konstantinow, auf Telegram

die Ukraine für die Beschädigung des wichtigen Infrastrukturobjekts verantwortlich gemacht: "Ukrainische Vandalen schafften es doch, mit ihren blutbeschmierten Händen die Krim-Brücke zu erreichen."

Nun könnten sie stolz sein. Während der 23 Jahre ihrer Herrschaft auf der Krim hätten sie dort nichts Beachtliches errichtet. Jetzt aber hätten sie es geschafft, die Fahrbahn der russischen Brücke zu beschädigen.

"Tod und Zerstörungen sind das Einzige, was ihnen gelingt."

Ein ruhiges Leben auf der Krim werde erst nach dem völligen Zerschmettern des Regimes in Kiew möglich sein, [fügte](#) Konstantinow hinzu.

Der Senator Alexander Baschkin teilte der Nachrichtenagentur RIA Nowosti mit, dass Russland auf den Schlag gegen die Krim-Brücke adäquat reagieren werde.

"Es gibt keinen Zweifel, dass die zuständigen Behörden – das Verteidigungsministerium und andere – eine adäquate, bewusste und womöglich asymmetrische Antwort auf diesen dreisten Schlag geben werden."

Baschkin machte auch den Westen für die Explosion auf der Krim-Brücke verantwortlich, da Kiew nichts Aufsehererregendes unternehmen könne, ohne den Westen zuvor konsultiert zu haben.

Der Parlamentarier Oleg Morosow bezeichnete den Anschlag auf das symbolträchtige Infrastrukturobjekt als Kriegserklärung. Sollte sich Russland ausschweigen und keine adäquate Reaktion darauf geben, würden sich solche Terroranschläge nur noch mehren.

"Gegen uns wird ein unverhüllter terroristischer Krieg geführt. Mehr noch: Der seit Langem angekündigte Terrorakt gegen die Krim-Brücke ist nun keine bloße Herausforderung mehr. Das ist das Erklären eines Krieges ohne Regeln."

Der russische Präsident Wladimir Putin wies am Samstagmorgen an, eine Regierungskommission zu bilden, die die folgenschwere Explosion auf der Krim-Brücke untersuchen und die Behebung des angerichteten Schadens organisieren soll. Wie der Kremlsprecher Dmitri Peskow mitteilte, würden dieser Kommission unter anderem der Gouverneur der Region Krasnodar und der Chef der Republik Krim sowie Vertreter des Innenministeriums, der Nationalgarde und des Inlandsgeheimdienstes FSB angehören. Es gebe bislang keine Prognosen, wie schnell die Krim-Brücke wieder instand gesetzt werden kann.

Inzwischen meldete sich auch die ukrainische Seite zu Wort, ohne jedoch die Explosion explizit für sich zu reklamieren. Der Berater des ukrainischen Präsidentenbüros, Michail Podoljak, [veröffentlichte](#) auf Twitter ein Foto mit der beschädigten Brücke und schrieb, alles Illegale müsse zerstört werden, alles Gestohlene müsse der Ukraine zurückgegeben werden: Der ukrainische Inlandsgeheimdienst SBU schrieb auf [Twitter](#) über einem Foto mit der teilweise zerstörten Brücke, das sei ein guter Anlass, ein Lied des ukrainischen Dichters Taras Schewtschenko nachzudichten: "Es tagt, die Brücke brennt schön, die Nachtigall trifft auf der Krim den SBU".

Auch das ukrainische Verteidigungsministerium übte sich auf Twitter in Häme, indem es an den Untergang des Lenkaffenkreuzers Moskwa im Schwarzen Meer Mitte April erinnerte. Das Schiff und die Brücke, beide Symbole der russischen Macht auf der Krim, seien dahin: "Was steht als nächstes an, Russen?"

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa verurteilte solche Reaktionen aus der Ukraine und [schrieb](#) auf Telegram:

"Die Reaktion des Kiewer Regimes auf die Zerstörung der zivilen Infrastruktur zeugt von dessen terroristischem Wesen."

Zuvor hatte das Nationale Antiterrorkomitee Russlands mitgeteilt, dass auf der Brücke ein Lkw gesprengt worden sei. Zwei Fahrbahnen seien teilweise eingestürzt, die Brückenbogen jedoch unversehrt. Die Explosion habe zu einem Brand von sieben Kesselwagen eines Eisenbahnzuges mit Treibstoff geführt. Der Verkehr über die längste Brücke Russlands wurde

vorübergehend komplett gestoppt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/63413b4d48fbef1385364618.jpg>

nachmittags:

12:05 de.rt.com: **Donezk meldet 48 ukrainische Angriffe und zwei verletzte Zivilisten binnen 24 Stunden**

Die Behörden in Donezk haben innerhalb der vergangenen 24 Stunden 48 Angriffe durch ukrainische Truppen registriert. Demnach wurden auf das Territorium der Volksrepublik mindestens 213 Geschosse abgefeuert. Dabei setzte das ukrainische Militär Mehrfachraketenwerfer vom Typ HIMARS, Uragan und Grad, Panzer sowie Geschosse im Kaliber 155, 152 und 120 Millimeter ein. Unter Beschuss gerieten zehn Wohngebiete, darunter auch Donezk.

Bei den Angriffen in der Zeitspanne von 6.00 Uhr am 7. Oktober bis 6.00 Uhr am 8. Oktober (Ortszeit) wurden zwei Zivilisten in Donezk und Jassinowataja verletzt. Zu Schaden kamen insgesamt neun Wohnhäuser und zwei zivile Infrastrukture Objekte in Donezk, Gorlowka und Straromichailowka.

Am Vortag hatten die Behörden von Donezk mehr als 52 Angriffen aus der Ukraine gemeldet. Dabei kam ein Einwohner von Gorlowka ums Leben. Weitere fünf Zivilisten wurden in Donezk, Makejewka, Nikolskoje und Peski verletzt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/63414487b480cc31f2751c14.jp>

g

Hotel Park Inn by Radisson in Donezk, das bei einem Beschuss durch ukrainische Truppen beschädigt wurde, 28. September 2022

12:40 de.rt.com: **Estland gratuliert ukrainischen Spezialkräften nach Explosion auf Krim-Brücke**

Der estnische Außenminister Urmas Reinsalu hat die Explosion auf der Krim-Brücke begrüßt und seine Vermutung und Bewunderung geäußert, dass ukrainische Spezialkräfte dahintersteckten. Er [sagte](#) wörtlich:

"Estland begrüßt dies natürlich und beglückwünscht die ukrainischen Spezialeinheiten, die wahrscheinlich hinter dieser Operation stehen."

Reinsalu erinnerte daran, dass die Kiewer Behörden die Krim-Brücke seit Langem als mögliches Angriffsziel genannt hatten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/63414d5948fbef170f2e0937.jpg>

Ein Hubschrauber löscht einen Brand auf der Krim-Brücke, deren Straßenabschnitt von der Explosion eines Lastwagens getroffen wurde, wodurch sieben Treibstofftanks eines Eisenbahnzuges in Brand gerieten, 8. Oktober 2022

12:56 de.rt.com: **Russisches Ermittlungskomitee: Mindestens drei Tote durch Explosion auf Krim-Brücke**

Am Samstagmorgen ist es auf der Krim-Brücke zu einer Explosion gekommen. Nach Angaben des russischen Antiterrorkomitees wurde dort ein Lkw gesprengt. Zunächst gab es keine Informationen über mögliche Opfer. Nun meldete das Ermittlungskomitee mindestens drei Tote.

Nach vorläufigen Angaben des russischen Ermittlungskomitees sind durch die Explosion auf der Krim-Brücke am frühen Samstagmorgen mindestens drei Menschen ums Leben gekommen. Bei den Opfern handele es sich möglicherweise um die Insassen eines Pkw, der sich in der Nähe des gesprengten Lkw befunden habe.

"Bislang wurden aus dem Wasser die Körper zweier Getöteten – eines Mannes und einer Frau – geborgen."

Man sei gerade dabei, die Leichen zu identifizieren, hieß es in der Mitteilung der Behörde. Die Ermittler stellten nach eigenen Angaben auch den Besitzer des gesprengten Lkw fest. Bei ihm handele es sich um einen Einwohner der Region Krasnodar. An seinem Wohnort laufe bereits ein Polizeieinsatz. Man untersuche die jüngsten Reisen des Lkw und alle relevanten Dokumente.

Zuvor hatte das Nationale Antiterrorkomitee Russlands mitgeteilt, dass auf der Brücke ein Lkw gesprengt worden sei. Zwei Fahrbahnen seien teilweise eingestürzt, die Brückenbogen

jedoch unversehrt. Die Explosion habe zu einem Brand von sieben Kesselwagen eines Eisenbahnzuges mit Treibstoff geführt. Der Verkehr über die längste Brücke Russlands wurde vorübergehend komplett gestoppt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/63415b62b480cc31fd3bb85a.jpg>
Flammen und Rauch auf der Krim-Brücke, 8. Oktober 2022

13:18 de.rt.com: **Medienbericht: Lastwagen, der auf der Krim-Brücke explodierte, kam aus Krasnodar**

Der Telegram-Kanal Mash berichtet, dass der Lastwagen, der am frühen Samstagmorgen auf der Krim-Brücke explodierte, "vermutlich aus Krasnodar" kam. Die Nachrichtenagentur hat die Quelle dieser Daten nicht bekannt gegeben, und es gibt noch keine offizielle Bestätigung dieser Informationen.

Mash zeigt ein [Foto des Lastwagens](#), der auf der Krim-Brücke in die Luft geflogen sein soll, darunter steht:

"Heute um 06.15 Uhr gab es eine Explosion. Ein mit Sprengstoff beladene rote Zugmaschine konnte den Verkehrspolizei-Posten passieren und detonierte auf der Brücke. Der Lkw hat eine Laufleistung von 870.000 Kilometern."

Die Nachrichtenagentur zeigt auch ein [Video](#), auf dem zu sehen ist, wie der Lkw den Posten der Verkehrspolizei passiert. Mash schreibt:

"Es wurde ein Blick in den Anhänger des Fahrzeugs geworfen, aber es war nichts Verdächtiges zu sehen. Wenige Minuten später explodierte der Lkw den Kameras nach im Verkehr."



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/EixH91UQAsGU4nAKjRpnysVnpbj5BhjozfVCMaqj2Sv9-zoKMNr9k1-9DKgB1huXRpHXhgDCcgsHKDUtFykqfuj1vKjx-Cr_R2y986vt5hDvybc3Co8sDqHT6-bPiy6Nf5-gH-

7jO_YDxv4tE8MijbsvpklT2QOrXfnuq2QoYU3J0fpoJrQvpy7LXzRExUc5Zexam2r2gNDZSEGI2s6hwo4UNQWyAJXoymIf9zkX5gkZdHMwRGcSgHjdN-G7FoUakyV0AK3gxL6E2eheCPa9LkhQePsuoLH1K3u1QRaLHYF3B8syTIIUoiMHhvEsInLqTSq6OeEAbNTCQuWCGw5g.jpg

13:33 de.rt.com: **Irischer EU-Abgeordneter: Irlands Regierung liebt NATO-Stellvertreterkrieg-Krieg in Ukraine**

Das irische Mitglied des Europäischen Parlaments Mick Wallace hat seiner Regierung vorgeworfen, den Stellvertreterkrieg-Krieg der USA und der NATO in der Ukraine zu fördern und zu lieben. Auch die EU wolle kein Ende der Feindseligkeiten sehen.

Irlands Regierungschefs "fördern und lieben den Stellvertreterkrieg der USA und der NATO" in der Ukraine, während die Europäische Union nichts unternahme, um den Kämpfen ein Ende zu setzen. Dies brachte der irische EU-Abgeordnete Mick Wallace in einem Interview mit dem Sender South East Radio zum Ausdruck. Im Einzelnen bezog er sich auf die zwei wichtigsten Parteien in der irischen Regierungskoalition:

"Fianna Fáil und Fine Gael fördern diesen Krieg und lieben ihn."

Überdies [wies](#) Wallace darauf hin, dass die Ukraine als Staat weit von den demokratischen Idealen entfernt sei. Auch Europa, von dem Russland des Autoritarismus beschuldigt wird, sei selbst autoritär, da vom Mainstream abweichende Stimmen zum Schweigen gebracht würden, so der Politiker.

Clare Daly, ebenfalls eine irische EU-Abgeordnete, [erklärte](#) ihrerseits, dass die aktuelle ideologische Situation in Europa sie an das Deutschland der 1930er und 1940er Jahre erinnere. Wer jetzt diese "Kriegshetze" nicht befürworte, werde als "Marionette Putins" verunglimpft. Weiter hieß es:

"Ehrlich gesagt ist es erbärmlich, und die Grobheit und der Zynismus dieser Verleumdungen, die von den Mainstream-EU-Parteien kommen, könnten genauso gut von Hermann Göring stammen."

Mick Wallace betonte, der Krieg sei "eine Katastrophe für die Menschen in der Ukraine und wird die Lebenshaltungskosten für alle in Europa in die Höhe treiben". Vor diesem Hintergrund machte der Politiker auf die Position der USA aufmerksam:

"Und wir tun das im Namen der USA und der NATO? Die Amerikaner machen Idioten aus uns."

Angeichts der taumelnden Wirtschaft in Europa prangerte Wallace die europäischen Staats- und Regierungschefs dafür an, dass sie sich nicht gegen Washington und Brüssel durchsetzen, die seiner Meinung nach "den Krieg fortsetzen wollen". Der Europaabgeordnete verurteilt die EU dafür, solch "eine Marionette der Amerikaner zu sein".

Als neutrales Land ist Irland kein Mitglied des NATO-Bündnisses. Dublin unterstützte jedoch alle acht antirussischen Sanktionspakete der EU. Premierminister Micheál Martin sicherte bei seinem Aufenthalt in Kiew dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij seine Unterstützung für ein EU-Beitrittsgeuch der Ukraine zu. Martin verkündete zudem, dass Irlands Konzept der Neutralität "weiterentwickelt werden muss", während einige Mitglieder seiner Partei die gänzliche Abschaffung des Konzepts der Neutralität forderten.

Wallace, der in seinem Heimatland als Linker bekannt ist, erwies sich als einer der lautesten Kritiker der EU-Handlungen im Verlauf des Ukraine-Konflikts. Kurzvideos von Wallace und seiner Kollegin Clare Daly, in denen sie die EU-Führung wegen der Sanktionen gegen Moskau und der Waffenlieferungen an die Ukraine kritisieren, gingen viral. Daraufhin wurde ihnen vorgeworfen, sich auf die Seite Russlands zu stellen, obwohl die beiden auch Russlands Militäroperation verurteilen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/63414755b480cc31f2751c1d.jpg>

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij (rechts) schüttelt dem irischen Premierminister Micheál Martin (links) nach einer Pressekonferenz in Kiew die Hand

13:51 de.rt.com: **Polnische Abgeordnete jubeln über Explosion auf Krim-Brücke**

Der linke polnische Sejm-Abgeordnete Robert Biedroń nannte die Nachricht von der Explosion der Krim-Brücke "Balsam für das Herz". In der Sendung des Radiosenders Zet sagte er:

"Balsam für unsere Herzen."

Mirosława Stachowiak-Różecka, die Abgeordnete der polnischen Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit, sagte im selben Radiosender, die Explosion auf der Brücke habe "symbolische Bedeutung, aber auch praktische". Sie erklärte:

"Die Brücke ist von militärischer Bedeutung und diente während des Krieges zum Transport von Waffen."

14:19 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium meldet ununterbrochenen Nachschub an militärischen Einheiten nach Explosion der Krim-Brücke**

Die Versorgung der russischen Truppengruppen in den Richtungen Nikolajew-Kriwoi Rog und Saporoschje erfolge kontinuierlich und in vollem Umfang über den Landkorridor und den Seeweg. Dies teilte das russische Verteidigungsministerium mit, nachdem der Verkehr infolge der Explosion auf der Krim-Brücke zum Erliegen gekommen war. Das Ministerium sagte:

"Die Versorgung der russischen Truppengruppe, die an der speziellen Militäroperation in den Einsatzgebieten Nikolajew-Kriwoi Rog und Saporoschje beteiligt ist, erfolgt kontinuierlich vollständig über den Landkorridor und teilweise über den Seeweg."

14:37 de.rt.com: **Lange vor Februar 2022: EU-Sanktionsplanungen folgten US-Vorgaben**

Ein Medienbericht enthüllt den hohen Grad der Absprachen zwischen der EU und den USA bei der Entscheidung, weitere Sanktionen gegen Russland zu verhängen. Die Abstimmungen erfolgten lange vor dem Beginn der russischen Spezialoperation in der Ukraine.

Die Kooperation zwischen der Europäischen Union (EU) und den Vereinigten Staaten von Amerika bei der Frage der Sanktionen gegen Russland ist offenbar tiefgreifender als bisher bekannt. Das geht aus einem Bericht des US-amerikanischen Politikmagazins Politico hervor. Die Sanktionen wurden lange vor der Eskalation des Krieges in der Ukraine im Februar dieses Jahres geplant. Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen spielte dabei offenbar eine wichtige Rolle.

Von der Leyen besuchte erstmals im November des letzten Jahres in Washington, D.C. das Weiße Haus. An diesem Treffen mit dem US-Präsidenten Joe Biden waren außerdem auch der Nationale Sicherheitsberater Jake Sullivan sowie weitere sicherheits- und außenpolitische Verantwortliche der USA und EU anwesend. Während dieses Treffens wurde verabredet,

regelmäßige bilaterale Konsultationen durchzuführen.

Biden, der zuvor von Sicherheits- und Geheimdienstbeamten über die russischen Truppenansammlungen an der Grenze zur Ukraine informiert worden war, machte die EU-Vertreter auf die wachsende Gefahr eines Konflikts aufmerksam. Ein EU-Beamter äußerte sich anonym dazu auf Politico:

"Das war zu einer Zeit, als niemand in Europa (auf diese Entwicklung) aufpasste, nicht einmal die Geheimdienste."

Es folgte eine Reise des CIA-Direktors Bill Burns zur EU-Kommission nach Brüssel Ende November. Anschließend wurden auf US-Vorschlag sogar wöchentliche Videokonferenzen mit Vertretern beider Seiten eingerichtet.

Im Laufe der Gespräche wurden die Möglichkeiten eines von den EU-Staaten zu beschließenden Sanktionspaketes im Falle eines russischen Einmarsches in die Ukraine aufgeworfen. Die Häufigkeit der Videokonferenzen wurde erhöht, zuletzt traf man sich sogar täglich virtuell. Björn Seibert, Kabinettschef bei von der Leyen, spielte eine besonders wichtige Rolle für den "Erfolg" des ersten EU-Sanktionspaketes – so lautet jedenfalls das Lob von US-Beamten:

"Der wichtigste Gesprächspartner (mit) der Europäischen Kommission war Björn Seibert. Wir hatten ein enormes Maß an Übereinstimmung in allen Bereichen."

Zudem beschreibt der Bericht, dass auf europäischer Seite die EU-Kommission – und nicht etwa Berlin oder Paris – bei der Sanktionsfrage die führende Rolle spielte. Dabei ging die EU-Kommission in Brüssel taktisch geschickt vor. So vermied sie es etwa, bis zum letzten Augenblick der Entscheidung einen konkreten Textentwurf vorzulegen, um so vermeiden zu können, dass dieser den Medien zugespielt werden könnte. Die Kommission traf sich mit Vertretern der EU-Mitgliedstaaten nur in kleinen Gruppen. Von der Leyen konnte persönlich so einen hohen Grad an Initiative zeigen, da die Regierungschefs vieler wichtiger EU-Staaten im Januar und Februar auch mit wichtigen innenpolitischen Fragen beschäftigt waren.

Ian Lesser, Vizepräsident des German Marshall Fund, bewertete die Kooperation zwischen der EU und den USA gegenüber Politico so:

"Es ist unwahrscheinlich, dass sich die sehr enge Zusammenarbeit, die wir bei den Sanktionen und an anderen Fronten erleben, so entwickelt hätte, wenn es nicht zu einem guten Verhältnis zwischen Washington und Brüssel gekommen wäre – auf höchster Ebene, aber auch auf Arbeitsebene."

Von der Leyens Initiative und Hingabe wurden von der US-Seite anerkannt. Ein hochrangiger EU-Vertreter, der an den Gesprächen mit der Washingtoner Regierung beteiligt war, erklärte:

"In Washington hatte man das Gefühl, dass es sich um jemanden handelte, der die Dinge endlich zu Ende bringen konnte, der etwas bewirken konnte."

Politico verwies darauf, dass für von der Leyen ihre engen Bindungen zu den USA bei einer möglichen späteren Karriere in der UNO noch nützlich sein könnten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/63413e6e48fbef170f2e0922.jpeg>

14:48 de.rt.com: **Russisches Verkehrsministerium: Zugverkehr über Krim-Brücke wird am Abend des 8. Oktober wieder aufgenommen**

Experten zufolge soll der Zugverkehr auf der Krim-Brücke am 8. Oktober um 20.00 Uhr Moskauer Zeit (19.00 Berliner Zeit) wieder aufgenommen werden. Dies teilte der Pressedienst des russischen Verkehrsministeriums auf seinem Telegram-Kanal mit. In dem Bericht heißt es:

"Experten zufolge werden die Betriebsfähigkeit des Abschnitts und die Organisation des ersten Zugverkehrs bis 20.00 Uhr Moskauer Zeit gewährleistet sein. Über den Fortgang der Reparaturarbeiten und die Wiederaufnahme des Verkehrs wird zusätzlich berichtet werden." Es wurde darauf hingewiesen, dass bisher eine erste Bewertung des Zustands der Infrastruktur des Eisenbahnteils der Krim-Brücke durchgeführt wurde, um die Möglichkeit der Wiederaufnahme des Zugverkehrs zu ermitteln. Das Ministerium teilte außerdem mit, dass derzeit Reparaturarbeiten durchgeführt werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/63416dea48fbef65ef3f5f5b.jpg>

Krim-Brücke, 8. Oktober 2022

15:03 de.rt.com: **Krim-Behörden geben Entwarnung: Genug Nahrungsmittel und Treibstoff auf der Halbinsel**

Die Explosion auf der Krim-Brücke hat die Logistik zwischen dem russischen Festland und der Halbinsel erschwert. Zügig werden alternative Verkehrsrouten eingerichtet. Die Behörden warnen die Einwohner vor Hamsterkäufen: Es gebe genug Nahrungsmittel und Treibstoff auf der Krim.

Der Auto- und Eisenbahnverkehr über die Krim-Brücke ist komplett gesperrt, nachdem dort am frühen Samstagmorgen nach Angaben des Antiterrorkomitees Russlands ein Lkw gesprengt worden ist. Die Infrastrukturschäden an der Brücke erschwerten die Logistik zwischen der Schwarzmeer-Halbinsel und dem russischen Festland. Oleg Krjutschkow, ein Berater des Krim-Chefs, schrieb auf Telegram, man habe bis auf Weiteres einen Korridor auf dem Landweg über die neuen Regionen von Russland eingerichtet. Für die derzeit gestrandeten Fahrer wurden behelfsmäßige Parkplätze eingerichtet. Die Behörden der Region Krasnodar richteten in der Nähe der Ortschaft Iljitsch am Asowschen Meer nach eigenen Angaben Feldküchen und Toiletten ein.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/63416c7748fbef1385364645.jpg>

Ein behelfsmäßiges Versorgungscamp für gestrandete Autofahrer in der Nähe von Taman, 8. Oktober 2022

Sämtliche Zugverbindungen von der Krim und auf die Krim wurden vorübergehend gestrichen, der Fahrkartenverkauf dementsprechend eingestellt. Die staatliche Eisenbahngesellschaft RŽD teilte mit, die betroffenen Fahrgäste könnten ihre Reisen ohne Gebühren stornieren. Das Unternehmen kündigte an, betroffene Züge in andere Städte der Region Krasnodar umzuleiten und zusätzliche Zugverbindungen einzurichten. Das russische Verkehrsministerium schloss noch nicht aus, dass der Schienenverkehr über die Brücke bis Samstagabend wiederhergestellt werden könne.

Der Schiffsverkehr in der Straße von Kertsch wurde von der Explosion auf der Brücke nicht beeinträchtigt. Der Pressedienst der Föderalen Agentur für See- und Flussschifffahrt teilte der Agentur RIA Nowosti mit, dass die Schifffahrt nicht eingestellt worden sei. Daher wurde entschieden, umgehend zusätzlich Fährverbindungen zwischen der Krim und dem russischen Festland einzurichten. Auf der Strecke sollten demnächst mindestens fünf Fähren pendeln. Der Verkehrsminister der Republik Krim, Nikolai Lukaschenko, wollte außerdem Passagiere auf Schiffen mit einer Kapazität von bis zu 100 Fahrgästen in beiden Richtungen befördern lassen.

Russlands Verteidigungsministerium sieht die Versorgung der russischen Truppen am Frontabschnitt Nikolajew – Kriwoi Rog und im Gebiet Saporoschje durch die Einstellung des Verkehrs über die Krim-Brücke nicht betroffen. Die Logistik erfolge im vollen Umfang über den Landkorridor und teilweise mit Schiffen.

Die Krim-Behörden wie auch und der Präsidentensprecher Dmitri Peskow weigerten sich zunächst, bereits einen genauen zeitlichen Rahmen für die Instandsetzung der Brücke zu nennen. Zivile Flugverbindungen mit der Krim sind bereits seit Ende Februar infolge der militärischen Sonderoperation Russlands in der Ukraine ausgesetzt.

Ein Korrespondent der Nachrichtenagentur RIA Nowosti berichtete am Morgen über Autoschlangen vor Tankstellen in Simferopol.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/63416d37b480cc34d86b9178.jpg>
g

Autoschlange vor einer Tankstelle in Feodosija, 8. Oktober 2022

Die örtlichen Behörden warnten jedoch die Einwohner der Krim vor Hamsterkäufen. Die Halbinsel sei mit Brennstoff und Nahrungsmitteln ausreichend eingedeckt: Die Benzinvorräte würden nach Angaben verschiedener Seiten für mindestens 15 oder sogar 40 Tage reichen, bei Nahrungsmitteln gebe es derzeit Vorräte für etwa 55 Tage. Das russische Verkehrsministerium teilte mit, man arbeite gerade daran, den Nachschub von Waren zu organisieren. Für eine kurze Zeit führten die Behörden von Sewastopol Einschränkungen beim Verkauf von Nahrungsmitteln und Treibstoffen ein. So wurde etwa verboten, Benzin in Kanister abzufüllen oder mehr als drei Kilo Teigwaren und Genussmittel an eine Person zu verkaufen. Solche Einschränkungen wurden aber schnell wieder aufgehoben. Der Gouverneur der Stadt, Michail Raswoschajew, drohte allerdings Spekulanten mit harten Konsequenzen. Auch der russische Generalstaatsanwalt Igor Krasnow beauftragte seine Behörde damit, mögliche Fälle der Preissteigerung auf der Schwarzmeer-Halbinsel zu verfolgen und zu verhindern. Betroffen sind derzeit auch zahlreiche Touristen. Nach Angaben des Verbandes der Reisebüros Russlands könnten sich auf der Krim mehr als 50.000 Gäste aufhalten. Vize-Ministerpräsident Dmitri Tschernyschenko forderte die Föderale Agentur für Tourismus sowie die Krim-Behörden auf, die gestrandeten Touristen zu unterstützen. Es wurde inzwischen beschlossen, für die Aufenthaltsverlängerung der Touristen aufzukommen, die demnächst abreisen sollten. Laut Schätzungen sollten in den kommenden drei oder vier Tagen etwa 4.000 Touristen die Krim wieder verlassen. Weitere 4.000 Touristen hatten geplant, auf die Halbinsel zu reisen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/63416bc8b480cc313814c21a.jpg>

Folgen der Explosion auf der Krim-Brücke am 8. Oktober 2022

15:21 de.rt.com: **Ermittlungskomitee Russlands: Drei Tote bei Explosion auf Krim-Brücke**

Das russische Ermittlungskomitee hat mitgeteilt, dass vorläufigen Berichten zufolge drei Menschen bei der Explosion auf der Krim-Brücke getötet worden seien. Aus den Berichten geht hervor, dass der explodierte Lkw aus Krasnodar kam und der Vorbesitzer ihn erst kürzlich an eine andere Person verkauft hatte. Der [Pressedienst](#) des Ermittlungskomitees sagte:

"Nach vorläufigen Angaben starben drei Menschen an den Folgen des Vorfalles. Vermutlich waren sie Passagiere in einem Auto, das sich in der Nähe des explodierten Lkw befand. Zurzeit werden die Leichen von zwei Opfern, einem Mann und einer Frau, aus dem Wasser geborgen und ihre Identität festgestellt."

Die Beamten konnten die Identität des Lastwagenfahrers ermitteln. Es stellte sich heraus, dass es sich um einen Einwohner der Region Krasnodar handelte, an seinem Wohnsitz wurden Untersuchungen eingeleitet. Die Route des Lastwagens und relevante Dokumente werden ebenfalls festgestellt.

Der Leiter des Ermittlungskomitees, Alexander Bastrykin, delegierte die Beamten der Hauptdirektion für Ermittlungen, Forensiker der Hauptdirektion für Kriminalistik und Beamte des Forensischen Zentrums des Ermittlungskomitees der Russischen Föderation an den Ort des Geschehens. Ein Strafverfahren wurde eingeleitet.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634164a9b480cc313814c20f.jpg>

Beamte des russischen Ermittlungskomitees führen Untersuchungen an der Krim-Brücke durch, auf deren Straßenabschnitt ein Lastwagen in die Luft gesprengt wurde, 8. Oktober 2022.

15:22 de.rt.com: **Uneinigkeit überschattet EU-Debatte zur Energiekrise in Prag**

In Prag berieten Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten auf einem inoffiziellen Gipfeltreffen unter anderem über die Energiekrise in der Europäischen Union. Zwar verpflichteten sich die Anwesenden zu einer "koordinierten Energiepolitik", jedoch gibt es erhebliche Differenzen zwischen den einzelnen EU-Staaten.

Wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtet, haben Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union am Freitag auf einem informellen Gipfeltreffen in der tschechischen Hauptstadt Prag erklärt, dass sie weiterhin an einer koordinierten Energiepolitik arbeiten würden – mit dem Ziel, die Energiekrise zu bewältigen, unter der die Bürger und Unternehmen der EU zu leiden haben. Der Präsident des Europäischen Rates Charles Michel erklärte nach dem Treffen auf einer Pressekonferenz:

"Unser gemeinsames Ziel ist es, die Energiepreise zu senken."

Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sagte, dass die Europäische Union "in den kommenden Wochen" detailliertere Vorschläge zur Eindämmung der steigenden Energiekosten vorlegen werde, und fügte hinzu, es sei wichtig sei, eine Fragmentierung des

EU-Binnenmarktes zu vermeiden.

Von der Leyen wies darauf hin, dass die Gasspeicher innerhalb der EU derzeit zu etwa 90 Prozent gefüllt seien, und betonte die Notwendigkeit gemeinsamer Gaseinkäufe ab dem nächsten Frühjahr, wenn diese Speicher dann weitgehend geleert sein dürften.

In einem Brief an die EU-Mitgliedsstaaten vor dem Treffen am Freitag hatte die EU-Kommissionspräsidentin geschrieben, dass "eine gemeinsame europäische Antwort" der einzige Weg sei, die Energiekrise zu lösen. Sie empfahl, die Verhandlungen mit den Lieferanten zu intensivieren, um die Preise für importiertes Gas aller Art zu senken, eine Intervention zu entwickeln, um die Preise auf dem Erdgasmarkt zu begrenzen und die inflationären Auswirkungen von Gaspreisen auf die Preise für Elektrizität zu begrenzen.

Von der Leyen ergänzte, dass die EU-Mitgliedstaaten über eine vorübergehende Begrenzung des Preises für Gas zur Stromerzeugung diskutieren würden.

Berichten zufolge waren die EU-Mitgliedstaaten im Vorfeld des Prager Treffens jedoch uneins darüber, ob und wie die Gaspreise gedeckelt werden sollten. Am Freitag nannten Staats- oder Regierungschefs der EU keine Einzelheiten zur Erzielung einer möglichen Gaspreisobergrenze.

In einer Erklärung nach dem Gipfeltreffen in Prag bekräftigte der tschechische Ministerpräsident Petr Fiala seine Unterstützung für eine gemeinsame EU-Lösung zur Bewältigung der Energiekrise und lehnte "nationale Einzellösungen" ab, da diese "gegen die EU-Vorschriften verstoßen" würden.

Vor dem Treffen am Freitag hatte Fiala daher auch das jüngste nationale Energiepaket der deutschen Regierung in Höhe von 200 Milliarden Euro (etwa 195 Milliarden US-Dollar) kritisiert:

"Ich sage immer wieder im Namen der Tschechischen Republik, dass wir, wenn wir nur nationale Lösungen haben, gegenüber einigen Ländern wie Deutschland benachteiligt werden, und das sollten wir nicht zulassen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/63415d34b480cc33592c6799.jpg>
g

15:53 de.rt.com: **General Surowikin zum Kommandeur der russischen Truppen in der Sonderoperationszone ernannt**

Der Verteidigungsminister Russlands, Sergei Schoigu, hat Armeegeneral Sergei Surowikin zum Kommandeur der Gruppe von Streitkräften in der Zone der militärischen Sonderoperation in der Ukraine ernannt. Das Verteidigungsministerium sagte:

"Armeegeneral Sergei Surowikin wurde durch eine Entscheidung des russischen Verteidigungsministers zum Kommandeur der kombinierten Truppengruppierung (Kräfte) im Gebiet der militärischen Sonderoperation ernannt."

Surowikin ist seit dem 31. Oktober 2017 für die Luft- und Raumfahrtstreitkräfte Russlands zuständig. Er befehligte auch die russische Gruppe Süd in der militärischen Sondereinsatzzone in der Ukraine.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/63417714b480cc5147399249.jpg>

Sergei Surowikin

16:44 de.rt.com: **Krim-Chef Axjonow: Straßenverkehr auf Krim-Brücke wiederhergestellt**

Der Autoverkehr auf der Krim-Brücke sei [wieder aufgenommen](#) worden. Dies [berichtete](#) der Oberhaupt der Krim Sergei Axjonow auf seinem Telegram-Kanal.

Er stellte klar, dass es sich dabei nur um Personenkraftwagen und Busse handelt, die einem vollständigen Kontrollverfahren unterzogen werden. Lkw-Fahrer müssen vorerst für die Überfahrt den Seeweg über Kertsch benutzen. In zwei Stunden werde die Fähre Kertsch-2 durch die Meerenge fahren, erklärte Axjonow.

Der Verkehr werde von der Seite von Kertsch in Richtung Taman abwechselnd in eine Richtung ausgeführt. Von Zeit zu Zeit werden jeweils zehn Autos passieren. Laut der Polizei am Brückenanfang sei dies notwendig, um die Autos zu kontrollieren.

Axjonow hatte zuvor gesagt, dass die Autos auf den beiden nicht von der Explosion betroffenen Fahrspuren fahren könnten. Der Bahnverkehr soll bis zum Ende des Tages wiederhergestellt werden, fügte er hinzu.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 8.10.2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In 57 befreiten Ortschaften wurde Renten ausgezahlt.

In Mariupol wurden zwei weitere Basisstationen in Betrieb genommen, die im 4G-Modus laufen. In Wolnowacha gehen die Arbeiten zur Inbetriebnahme von neuen Kommunikationsobjekten weiter. In Swetlodarsk und Mirnowskij führen Spezialisten Wiederaufbauarbeiten an Kommunikationsknotenpunkten durch.

In 17 befreiten Ortschaften wurden in Einrichtungen des Gesundheitswesens Konsultationen und medizinische Behandlungen für die Bevölkerung durchgeführt. Mehr als 5900 Menschen haben sich an Einrichtungen des Gesundheitswesens gewandt.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 20 Hektar Gelände untersucht und 136 explosive Objekte entschärft.

Spezialisten der Elektrizitätswerke haben Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Stromnetzen und Umspannwerken in Wolnowacha, Mariupol, Kamensk und Mironowskij durchgeführt.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine beschießen weiter Objekte der Stromversorgung der Donezker Volksrepublik. In der Folge von Angriffe haben Industriebetriebe, soziale Objekte und Haushaltsverbraucher keinen Strom.

Die ukrainischen Kämpfer beschießen zielgerichtet Energieinfrastruktur, um im Donbass eine humanitäre Katastrophe zu schaffen. Auch in den Ortschaften, die im Verlauf der militärischen Spezialoperation befreit wurden, hat der Gegner dem Stromversorgungssystem enormen Schaden zugefügt.

Dennoch unternehmen die Energietechniker der Donezker Volksrepublik alle notwendigen Maßnahmen, um rechtzeitig Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an den Stromnetzen und Umspannwerken vorzunehmen.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

16:54 de.rt.com: **Neue US-Arktis-Strategie veröffentlicht: Konkurrenz mit Russland und China verankert**

Die Vereinigten Staaten haben die neue zehnjährige Strategie für die Arktis vorgestellt. Diese sieht unter anderem einen zunehmenden Wettbewerb mit Russland und China um die strategische Präsenz der USA in der Arktis vor.

Am 7. Oktober hat die Regierung von US-Präsident Joe Biden die auf zehn Jahre angelegte [Nationale Strategie für die Arktis veröffentlicht](#). Diese konzentriert sich stark auf die Herausforderungen, die Russland angeblich für den US-Einfluss in der Region darstellt.

Vertreter des Weißen Hauses fügten hinzu:

"Dies ist das erste US-weite politische Dokument zur Arktis seit 2013."

Die Strategie basiert auf "vier einander verstärkenden Säulen", die die Region "friedlich, stabil, wohlhabend und kooperativ" aufrechterhalten sollten. Dies wollen die USA durch die Abwehr von Bedrohungen, den Aufbau von Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel, die Förderung einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung und die Zusammenarbeit mit Partnern und Verbündeten erreichen, heißt es auf dem Papier.

Gleichzeitig wird in der Strategie behauptet, dass "Russlands Aggression in der Ukraine" die Zusammenarbeit in der Arktis erschwert habe und dass unter den derzeitigen Umständen ein regionales Engagement mit Moskau "praktisch unmöglich" geworden sei. Moskau habe "erheblich" in seine militärische Präsenz in der Arktis investiert. Aus der erneuerten Strategie geht hervor, dass es sich dabei um die Modernisierung von Militärstützpunkten, den Einsatz von neuen Verteidigungssystemen und U-Booten sowie um die Intensivierung von Militärübungen in der Region handele.

Vor diesem Hintergrund haben die USA vor, ihre militärische Präsenz in der Arktis auszubauen, "um unsere Ziele der Heimatverteidigung, der globalen Militär- und Machtprojektion und der Abschreckung zu unterstützen". Dies soll insbesondere durch eine Erweiterung der Eisbrecherflotte der US-Küstenwache untermauert werden. Die USA haben derzeit nur zwei Schiffe dieses Typs in Betrieb, während Russland über 40 besitzt.

In dem Dokument heißt es weiter, dass auch China "seinen Einfluss" in der Arktis durch wirtschaftliche, diplomatische, wissenschaftliche und militärische Aktivitäten zu verstärken suche. Es wird darauf hingewiesen, dass Peking seine Investitionen in der Region verdoppelt habe, wobei der Schwerpunkt auf der Gewinnung von Mineralien liege.

Ende August hatte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg versprochen, dass die Allianz ihre militärische Präsenz in der Arktis verstärken werde, da Moskau und Peking angeblich eine "strategische Herausforderung" für das Bündnis darstellen. Eine "rasche Erwärmung des Klimas und Eisschmelze" würden wirtschaftliche Möglichkeiten eröffnen, die von "autoritären Regimen" wie Russland und China ausgenutzt werden könnten, so Stoltenberg. Daraufhin betonte Kreml-Pressesprecher Dmitri Peskow, dass Moskaus Zusammenarbeit mit anderen Ländern in der Arktis keine Bedrohung für irgendjemanden darstelle und nur der

Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung diene. Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Zhao Lijian warf der NATO das Verharren in Denkmustern des Kalten Krieges vor.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/63416a8f48fbef65ef3f5f53.jpg>

Ein russischer Atomeisbrecher bahnt sich den Weg zum Nordpol

17:12 de.rt.com: **Sacharowa: Mord und Sabotage sind in NATO-Regimen zur Norm geworden**

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, hat die Erklärungen hochrangiger polnischer und estnischer Beamter zur Explosion auf der Krim-Brücke kommentiert. Sie stellte einen Zusammenhang zwischen den Ereignissen und der Sabotage des Nord Stream-Projekts her und schrieb:

"Polen hat den USA durch den ehemaligen Außenminister Sikorski für die Sabotage der Pipeline gedankt. Der estnische Außenminister Reinsalu beglückwünschte ukrainische Spezialeinheiten zur Durchführung der Operation gegen die Krim-Brücke."

Sacharowa sagte, die NATO-Regime hätten aufgehört, ihre Unterstützung für Mord, Provokation und Sabotage zu verbergen. Sie schrieb:

"Mord, Sabotage, Zerstörung, Provokation und Inszenierung – die kriminelle Logik hat die NATO-Regime in einen Kreislauf eingebunden."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/63417ae148fbef1385364653.jpg>

17:46 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Mehr als 160 ukrainische Kämpfer in Saporoschje vernichtet**

Die russische Armee habe mehr als 160 Kämpfer mit Ziel Saporoschje vernichtet, indem sie ein Aufmarschgebiet für ausländische Söldner bei Saporoschje angriff. Dies verlautbarte Generalleutnant Igor Konaschenkow, der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums. Das Ministerium teilte außerdem mit, dass russische Soldaten neuerlich Angriffe der ukrainischen Streitkräfte in mehreren Richtungen zurückgeschlagen hätten. Konaschenkow

zählte weiterhin auf:

- Mehr als 100 ukrainische Soldaten, zwei Panzer, fünf Schützenpanzer und vier Fahrzeuge seien in Richtung Kupjansk zerstört worden. Bei dem Angriff auf gegnerische Reserven im Gebiet Charkow seien mehr als 110 ukrainische Soldaten der 14. Mechanisierten Brigade und des 19. Bataillons Teroborona vernichtet worden.
- In Richtung Krasny Liman versuchten die ukrainischen Streitkräfte erneut, den Fluss Scherebez zu überwinden, doch russische Soldaten zerstörten über 30 ukrainische Soldaten, drei Schützenpanzer und fünf Pickups;
- In südlicher Richtung von Donezk sei ein Gegenangriff der 1. Brigade des Präsidenten der Ukraine und der 115. Gepanzerten Brigade der ukrainischen Streitkräfte gestoppt worden. Über 90 ukrainische Soldaten, zwei Panzer, acht gepanzerte Kampffahrzeuge und sechs Fahrzeuge seien ebenfalls zerstört worden;
- In Richtung Nikolajew – Kriwoi Rog seien alle Angriffe der ukrainischen Streitkräfte vom russischen Militär zurückgeschlagen worden. Insgesamt seien über 240 ukrainische Soldaten, zwölf Panzer, 14 gepanzerte Kampffahrzeuge, acht Fahrzeuge und vier Artilleriegeschütze zerstört worden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634196cdb480cc33592c67c2.jpg>

Igor Konaschenkow, Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums

abends:

18:30 de.rt.com: **Ausschreitungen vor russischer Botschaft in Moldawien – Russland schickt Protestnote**

Die russische Botschaft in der Republik Moldau hat [mitgeteilt](#), sie habe an die zuständigen Behörden in Chişinău eine Protestnote wegen einer "feindseligen Aktion" vor dem Gebäude der diplomatischen Vertretung der Russischen Föderation eingereicht. Im Laufe der [Ausschreitungen](#) sei versucht worden, in die Botschaft einzudringen. Es habe jedoch keine Verletzten gegeben. Auf dem Telegram-Kanal der Botschaft hieß es:

"Die russische diplomatische Vertretung wurde mit Duldung der Behörden angegriffen: Das Gebäude wurde mit Feuerwerkskörpern beschossen, es wurde versucht, unbefugt in den Botschaftskomplex einzudringen, und der Zaun der diplomatischen Vertretung wurde mit beleidigenden Aufschriften besprüht."

Moskau erwarte nun, dass die Täter gefunden und bestraft werden.

18:52 de.rt.com: **Ukrainische Medien: Hinter Explosion auf Krim-Brücke steckt Sicherheitsdienst der Ukraine**

Die Explosion auf der Krim-Brücke sei eine Operation des ukrainischen Sicherheitsdienstes (SBU) gewesen. Dies soll eine ungenannte Quelle von den Strafverfolgungsbehörden der Ukraine gegenüber der Zeitung Ukrainskaja Prawda berichtet haben. Auch die ukrainische Nachrichtenagentur UNIAN meldete die Beteiligung des SBU an der Explosion auf der Krim-Brücke und berief sich dabei ebenfalls auf einen Ungenannten der Strafverfolgungsbehörden. Offiziell erklärte sich der SBU noch nicht für die Explosion auf der Krim-Brücke verantwortlich. Der Sprecher des Sicherheitsdienstes Artjom Degtjarenko sagte, dass der Dienst diese Nachrichten nicht kommentiere.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6341a998b480cc313814c23d.jpg>

Krim-Brücke nach der Explosion

19:30 de.rt.com: **Krimbrücke wieder für Zugverkehr freigegeben**

Auf der Brücke über die Straße von Kertsch, die heute Morgen Ziel eines terroristischen Anschlags wurde, fahren bereits wieder Züge. Das russische Transportministerium hat die Brücke für den Eisenbahnverkehr freigegeben, nachdem ein [Probezug](#) sie befahren hatte. Auch die unbeschädigte der beiden Fahrstraßen ist inzwischen wieder freigegeben, allerdings vorerst nur einspurig für Verkehr, der die Krim verlässt. Zuvor wurden die Trümmer der Explosion von der Fahrbahn geräumt.